

ausgegangen. Die Anhänger der Räte-Regierung außerhalb Münchens erhielten dagegen eine Gesamtstrafe von 168 Jahren und fünf Monaten Gefängnis oder Zuchthaus.

Kann da noch von Rechtspflege gesprochen werden? Nein, das ist schamlose, unverhüllte Klassenjustiz, ausgedrückt in Zahlen und Tatfachen, die kein Lobredner der deutschen Justiz widerlegen kann. Professor Nicolai, der das Vorwort zu diesem Buch geschrieben hat, stellt nüchtern fest:

„1. Was die Taten selbst anlangt, so sind fast sämtliche Führer der extremen Linken durch ungeschickliche Handlungen bestraft. Dagegen ist kein einziger Führer der extremen Rechten getötet worden, überhaupt sind die von Linksradikalen begangenen Morde sehr selten, die von Rechtsradikalen begangenen Morde sehr zahlreich.

2. Was die Bestrafung dieser Taten anlangt, so sind die relativ wenigen Attentate gegen Reaktionäre so gut wie sämtlich durch schwere Strafe gesühnt; von den sehr zahlreichen Attentaten gegen Männer der Linken ist dagegen kein einziges gesühnt: Gutgläubigkeit, falsch verstandene Befehle und letzten Endes auch Verrücktheit waren hier immer Entschuldigungsgründe, soweit überhaupt ein Verfahren stattfand.“

Hier erhebt sich nun die Frage, wer die Verantwortung für die Ungeheuerlichkeit des heutigen Rechtszustandes trägt? Der „Vorwärts“, der das Buch Dr. Gumbels einer Besprechung unterzogen hat, macht sich die Sache leicht. Er behauptet, eine Reform der Justiz wäre in der Volksbeauftragten-Periode unmöglich gewesen, da die führenden Männer damals keine Woche Zeit und Ruhe für solche Dinge gehabt hätten; die linksradikalen Arbeiter hätten in den Dezember- und Januar Tagen jedes sachliche Arbeiten durch Rufe und Streiks unmöglich gemacht. Der „Vorwärts“ verwechselt hierbei Ursache und Wirkung. Denn wie man sich zu dem Verhalten der radikalen Arbeiter in jenen Tagen auch stellen mag, eines steht jedenfalls fest: das Vorgehen der Arbeiter war der Ausdruck der Empörung darüber, daß die Rechtssozialisten ihren Pakt mit dem Bürgertum geschlossen hatten und keine Anstalten trafen, den Machtbereich des Bürgertums und der Militärs einzuschränken. Hätten die Rechtssozialisten in jenen historischen Tagen eine proletarische Politik getrieben, dann wäre die Zerflüchtung der Arbeiter niemals so weit fortgeschritten. Dabei wollen wir auch nicht vergessen, daß die Rechtssozialisten bis in den Sommer 1919 hinein über jedes Verbrechen und jede Untat der Reaktionäre den Mantel wohlwollender Nächstenliebe hielten — wir erinnern nur an die Beschönigungsversuche der Nordmänner, die während der von den Militärs provozierten März Kämpfe in Berlin begangen wurden —, und daß ihnen erst im Spätsommer 1919 Bedenken über den Kostensprung aufstiegen. Es war aber schon zu spät, den Einfluß der übermächtig gewordenen Militärs zu brechen. Die Reaktion marschierte auf allen Gebieten: „Was du in der Minute ausgefallen, bringt keine Ewigkeit zurück!“ Das gilt für die Politik der Rechtssozialisten während der Revolution. Hierin liegt die Schuld, die sie auf sich geladen haben, das ist der große Vorwurf, den das revolutionäre Proletariat immer wieder erheben wird, wenn es das Sollen und Haben der Revolution überprüft.

Jedoch nicht das Vergangene, sondern das Zukünftige soll uns beschäftigen. Wir müssen danach trachten, aus den Fehlern zu lernen, um bessere Zustände herbeizuführen. Das Buch Dr. Gumbels, das jeder Mann und jede Frau, die im öffentlichen Leben steht, das auch jeder Arbeiter lesen muß, möge zur Aufstellung unseres Rechtsbewußtseins beitragen und in den Arbeitern den Willen stärken, eine einheitliche und geschlossene Front gegen die bürgerliche Gesellschaft und ihre Einrichtungen zu errichten. Nur mit Hilfe dieser Front können wir die bürgerliche Gesellschaft und damit auch die bürgerliche Klassenjustiz beseitigen und Rechtszustände herbeiführen, deren sich kein Deutscher mehr zu schämen braucht. Die Worte Rosa Luxemburgs, daß Blutvergießen, Terror und politischer Mord die unentbehrlichen Waffen in der Hand der bürgerlichen Klassen sind, werden durch das Buch Dr. Gumbels erneut bekräftigt und in unsere Sinne eingepreßt. Und wenn wir diese mit Mord und Terror arbeitende bürgerliche Gesellschaft überwinden wollen, dann können wir diesen Kampf nur erfolgreich führen, wenn wir ihn führen im Geiste Rosa Luxemburgs, die ein paar Tage vor ihrem Tode jene Sätze schrieb:

Vincent van Gogh

Zur Ausstellung im Kronprinzenpalais

In unserer staatlichen Sammlung moderner Kunst ist Vincent van Gogh nicht vertreten. . . eine Blüte, die um so schmerzlicher ist, als sie kaum noch auszufüllen sein wird. Zu der Zeit, da es nicht schwer gewesen wäre, Werke von Gogh zu erwerben, schloß die Borniertheit des „tunfsinnigen Landesherren“ diese Kunst vom Eintritt in die National-Galerie aus. Und heute wird es zu spät sein. Da müssen wir der Leitung der Kronprinzen-Galerie besonders danken, daß sie jetzt für einige Zeit eine Ausstellung von Gogh'schen Bildern und Zeichnungen in mehreren Räumen des Obergeschosses ermöglicht dadurch, daß sie aus dem Privatbesitz von Sammlern ein Dutzend hervorragender Werke lieh. Auch den Sammlern müssen wir danken. Sie bringen mit der Herbeiführung ihrer Schätze ein persönliches Opfer und lassen erkennen, daß die Einsicht immerhin im Wachsen ist, daß Werte der Kunst nicht den Einzelnen, sondern der Allgemeinheit gehören und daß, solange Privatbesitz an Werken der Kunst noch besteht, er zum mindesten die Verpfändung auferlegt, andere an dem Genuß teilnehmen zu lassen.

Am Beginn der neuen Kunst stehen die beiden Maler Paul Cézanne, der Südschwabe, und Vincent van Gogh, der Holländer, dessen Todestag sich am 29. Juli zum 30. Male jähren wird. Von Paul Cézanne ein andermal. Die Bilder van Goghs im Kronprinzenpalais liegen um rund 40 Jahre zurück. Ich sage das deshalb, weil das unerkentt erkannt wird. Denn sie hängen hier in einer Umgebung von Bildern, die gleichsam ihre Söhne und Enkel sind. Wollen wir erkennen, was die Tat van Goghs in ihrer Zeit war dann müssen wir uns die Bilder in eine andere Umgebung versetzen — in die europäische Malerei vor 40 Jahren. Wenn die Bilder van Goghs in der Umgebung der so viel Jüngeren in einer Größe und mit einer Gewalt wirken, die uns erschüttern, und das meiste ringsum in Frage stellen, so würden sie in der naturalistischen Malerei der 70/80er Jahre (Menzels „Balzwerk“ 1875, Liebermanns „Schusterwerkstatt“ 1881 usw.) wie ein Feuer aufleuchten.

Der erste und bleibende Eindruck ist: tiefer und großer Ernst. Unter Regionen von Malern, die alles können, steht van Gogh als ein Mensch, für den Malen keine Sache der Geschäftlichkeit, keine Spezialübung des Auges und der Hand ist, sondern Sache des ganzen Menschen, der einheitlichen Menschennatur. Ueber den vorbildlichen Menschen van Gogh unterrichten am besten die Briefe an den Bruder Theo, die der Verlag Paul Cassirer in zwei schönen Bänden herausgab. Dieses Buch, das eines der wertvollsten menschlichen Dokumente für alle Zeiten

„Die proletarische Revolution bedarf für ihre Ziele keines Terrors, sie haßt und verabscheut den Menschenmord. Sie bedarf dieser Kampfmittel nicht, weil sie nicht Individuen, sondern Institutionen bekämpft, weil sie nicht mit naiven Illusionen in die Arena tritt, deren Enttäufung sie blutig zu rächen hätte. Sie ist kein verzweifelter Versuch einer Minderheit, die Welt mit Gewalt nach ihrem Ideal zu modeln, sondern die Aktion der großen Millionenmasse des Volkes, die berufen ist, die geschichtliche Mission zu erfüllen und die geschichtliche Notwendigkeit umzusetzen.“

Herr Schiffer und der Rapp-Rebell

Der muntere Herr v. Jagow

Wer Herr Schiffer ist, wissen unsere Leser zur Genüge. Er ist zwar Mitglied der Demokratischen Partei und als ihr Vertreter in der Regierung. Das hindert ihn aber nicht, eine der reaktionärsten Stützen des Kabinetts Wirth zu sein. Das ist nicht nur bezeichnend für Herrn Schiffer, der damit beweist, daß er noch immer der alte nationalliberale Schatzmacher von ehedem ist, sondern auch bezeichnend für die Demokraten, die in Wahrheit ebenfalls eine erzeaktionäre Gesellschaft sind. Man lese nach, was über die Lämmerlichkeit dieser Demokraten unser Genosse Breitscheid gestern im Reichstag ausführte.

Herr Schiffer, der Reichsjustizminister, erklärte vor einigen Tagen im Reichstag auf die Vorstellungen, die unser Genosse Rosenfeld gegen den Reichsjustizminister erhob, wegen der Aufhebung des Haftbefehls gegen Frau Gatt v. Jagow, daß der Reichsanwalt die Amnestie für Jagow nicht angenommen habe, daß der Haftbefehl noch bestehe, aber wegen der Krankheit des Herrn v. Jagow zurzeit außer Wirksamkeit gesetzt sei. Somit hatte sich Herr Schiffer, was ihm als Jurist ja nicht schwer fällt, diplomatisch aus der Affäre gezogen. Aber er machte die Rechnung ohne Herrn v. Jagow. Dieser veröffentlichte nämlich in der Montag-Abendausgabe der „Kreuz-Zeitung“ folgende Zuschrift:

„Laut „Berliner Tageblatt“ vom 24. Juni 1921, Nr. 292, hat der Reichsjustizminister Schiffer in der Reichstagsitzung vom 23. Juni ausgeführt:

„Zum Fall Jagow könne noch kein Verfahren stattfinden, weil Jagow erkrankt sei.“

Tatbestand: Ich war seit März 1920 nicht einen Tag krank.

Jagow.“

Diese schallende Ohrfeige hat Schiffer redlich verdient. Man führt ordentlich den bishigen Hohn und man kann nicht einmal sagen, daß er solchen republikanischen Behörden gegenüber nicht angebracht wäre. Aber darüber hinaus muß doch ernstlich die Frage erhoben werden, ob ein solcher Mann wie Schiffer, der sich nicht einmal scheut, in einer für ihn unangenehmen Situation zu einer Fiktion zu greifen, um den Reichstag über den wahren Sachverhalt zu täuschen, überhaupt noch Minister bleiben kann. Und ist es nicht die schärfste Klassenjustiz, wenn dieser Justizminister der Prüfung der Sondergerichtsurlaube die schwersten Hindernisse bereitet, während er gleichzeitig die Aburteilung zu entziehen versucht? Selbst das „Berliner Tageblatt“ kann nicht umhin, angefaßt dieses Vorkommnisses die Klagen über Klassenjustiz als nicht ganz unberechtigt zu bezeichnen.

Die Handlungswiese des Herrn Schiffer wird allerdings verständlicher, wenn man sich der zwei deutigen Haltung erinnert, die Schiffer in den Kapptagen eingenommen hat. Er hat als damaliger Vizekanzler zuerst mit den Kapptellen Verhandlungen angeknüpft, hat dann Seelert gerufen, den Ausnahmezustand verhängt, den Kampf gegen den Bolschewismus in amtlichen Flugblättern propagiert und so zu den blutigen Krawallen in und vor Berlin, beispielsweise in Copenida, wo unser Genosse Tuzan erschossen wurde, den eigentlichen Anlaß gegeben. Kein Wunder, daß er sich für Herrn v. Jagow einsetzt, ungeachtet dessen, daß ihm dieser so kräftig auf der Nase herumtanzt. Dieser Mann an der Spitze der deutschen Justizverwaltung ist eine Verkörperung der legalen Reaktion und der Klassenjustiz. Je eher er von diesem Posten verschwindet, um so besser.

ist, gehört in jede größere Arbeiterbibliothek. Wo es nicht zu erschwingen ist, sollte wenigstens die kleine Ausgabe des Verlages Bruno Cassirer vorhanden sein. Hinweisen möchte ich auch auf die „Persönlichen Erinnerungen an Vincent van Gogh“, die seine Schwester Elisabeth aufgeschrieben hat (Verlag R. Piper, München). Im gleichen Verlage erschien eine gut illustrierte Darstellung der Kunst van Goghs von Julius Meyer-Graefe. Und einige sehr schöne große Reproduktionen von Zeichnungen bringt die Zeitschrift „Der Abdruck“ (Erich Reiß, Verlag Berlin), auf die besonders hingewiesen sei.

Vincent van Gogh wurde 1853 als Sohn eines Pastors geboren. Nach der Schule trat er in den Pariser Kunsthandel ein, machte sich aber hier bald unmöglich, weil er den Kunden abriet, Kunst zu kaufen. Die feinen Damen beschwerten sich über seine rüchichtslose Offenheit. Er wurde in London Schulmeister und christlicher Missionar. Als solcher ging er in das trostlose bergische Bergwerksgebiet, die Borinage (wo später Neumier arbeitete). In der bedingungslosen Hingabe an die Armen, Kranken und Verletzten rief er sich mit dem Eifer eines Arztes auf bis zum eigenen Zusammenbruch in einer Typhusepidemie. — Mit 30 Jahren begann er zu malen.

Aus den Briefen an den Bruder seien nur einige Stellen mitgeteilt:

Paris 1876: „Es gibt ein Wort, welches mich dieser Tage verfolgt. Es ist der heutige Tagesstern: Seine Kinder werden lachen, den Armen zu behagen.“

15. 10. 79: „Das Gefühl eines geziemenden Eigenwertes ist sehr abhängig von den Beziehungen zu anderen.“

Aus demselben Jahr: „Wozu könnte ich tauglich sein, könnte ich nicht helfen. . . Unwillkürlich neige ich immer dazu, zu glauben, daß viel zu lieben das beste Mittel ist, um Gott zu erkennen. Liebe einen Freund, eine Person, eine Sache — was Du willst. . . Du wirst auf rechtem Wege sein, mehr darüber zu erfahren, sage ich mir. Aber man muß mit einer hohen und innig ersten Sympathie lieben, mit Willen und Intelligenz, und man muß immer trachten, eingehender, besser und mehr zu lieben. Das führt zu Gott, das führt zu unerklärlichem Glauben. . . Jemand hätte für kurze Zeit den unentgeltlichen Kursen der großen Universität des Elends beigewohnt und hätte aufgemerkt auf die Dinge, welche er mit seinen Augen sieht und mit seinen Ohren hört und er hätte darüber nachgedacht. . . auch er würde dahin kommen, zu glauben, und er würde vielleicht mehr lernen, als er sagen könnte. . . Man könnte nicht immer sagen, was es ist, das einem einleuchtet, mit einer Mauer umgibt und einen zu begnaden scheint, aber man führt doch irgend einen Kiesel, ein Gitter, Mauern. Ist das alles Einbildung? Phantasie? Ich denke nicht! Und dann fragt man sich: mein Gott, ist das für lange? ist das für immer? für alle Ewigkeit? — Weist Du, was

Wie Bierimpel wirkt

Nach einer Mitteilung der Zeitschrift „Die Frau im Staat“, einem Organ der bürgerlichen Frauenrechtlerinnen, sind in Amerika abermals einige Millionen für notleidende Studenten gesammelt worden. Die Spender haben aber bestimmt, daß kein Pfennig davon an deutsche Studenten kommt, weil sie Bierimpels Laster und Gefolgshaft als charakteristisch für die deutsche Studentenschaft ansehen und weil die Böbeleien gegen pazifistisch gesinnte deutsche Hochschullehrer sie anwidert.

So wirkt Bierimpel im Auslande. Bedauerlich ist jetzt nur, daß unbemittelte Studierende in Deutschland, deren Zahl nicht gering ist, mit den Kadavermachern gleichgesetzt werden. Die Bierimpel sind nämlich die Söhne jener Väter, die sich im Kriege und danach an Blut und Raub gemästet haben. Die Herren Söhne können das amerikanische Geld schon entbehren, während es andere sehr gut brauchen könnten. Schlimmer aber ist noch, daß der Kadav nationalstischer Hohlköpfe die deutsche Studentenschaft in ihrer Gesamtheit moralisch in Mißkredit bringt. Gerade die ärmeren Studenten sind es aber, die durchaus die Achtung auch des Auslandes verdienen.

Der englische Grubenstreik

Neue Einigungsmöglichkeiten

London, 27. Juni. (Reuter).

Die heute abend abgehaltene Konferenz zeigte, daß die Bergwerksbesitzer und die Bergarbeiter sich über die Löhne während der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges sowie über das Verhältnis zwischen Gewinn und Löhnen, wenn ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung erfolgt, geeinigt haben. Das Abkommen soll bis zum Dezember 1922 gelten. Wenn die Regierung eine Beisteuer gewährt, werden die Führer der Bergarbeiter die Annahme des Abkommens empfehlen. Die Lage ist noch ungewiß, da die Führer die Wiederaufnahme der Arbeit nicht anordnen können, bevor sie sich nicht mit den Bergarbeitern besprochen haben.

Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter vertrat sich um 8 1/2 Uhr. Die Delegierten werden um 10 Uhr mit Lloyd George zur Besprechung der Regierungsubventionen zusammentreffen. Zuständigereits wird erklärt, daß ein vorläufiges Uebereinkommen erzielt sei, demzufolge die Arbeit am 4. Juli wiederaufgenommen werden solle.

Die Konferenz der Bergwerksbesitzer und der Bergarbeiter mit Lloyd George, die um 10 Uhr abends zusammengetreten war, vertrat sich um Mitternacht, da keine Vereinbarung über die Beileger der Regierung zu den Bergarbeiterlöhnen erreicht war. Lloyd George erklärte, er müsse sich mit dem Kabinett beraten.

Eine andere Meldung will wissen, daß bereits eine Einigung erzielt worden ist, nach der die Bergarbeiter am Montag die Arbeit wieder aufnehmen unter der Bedingung, daß mit der Regierung eine Vereinbarung bezüglich eines Zuschusses zu den Löhnen zustandekommt. Genehmigt die Regierung diesen Zuschuß, dann ist die Situation wiederhergestellt, die vor der Arbeitslosigkeit am 15. Juni bestand. Unklar ist nur noch, ob dann eine erneute Abstimmung stattfinden soll, oder ob die Exekutive der Bergarbeiterunion die Wiederaufnahme der Arbeit beschließen und anordnen wird, wie es aus einigen Meldungen herauskommt. Das erscheint uns unwahrscheinlich. Glaubhafter ist die Meldung der obigen Meldung, nach der die Exekutive der Arbeiter die Bedingung des Streiks und die Annahme der Bedingungen wohl empfehlen, die Entscheidung aber den Bergleuten selbst überlassen wird.

Zunächst hängt alles ab von den Entscheidungen des Kabinetts.

Devaleras Antwort an Lloyd George. Wie die Blätter aus Dublin melden, teilt das irische Bulletin mit, daß Präsident Devalera das Schreiben Lloyd Georges erhalten hat und zu gegebener Zeit eine Antwort darauf erteilen wird.

Das westeuropäische Kapital in Sibirien. Nach einer Londoner Meldung gibt der Verwaltungsrat der Russisch-Asiatischen Korporation die Bildung eines großen Trustes bekannt zur Ausbeutung von Bergwerken in Sibirien betritt, daß auf Grund des Britisch-Russischen Handelsvertrages Verhandlungen aufgenommen worden seien, welche die Wiederholung der von der Sowjetregierung annullierten Konzessionen und die Wiederaufnahme der Arbeit gemäß den Konzessionsverträgen verfolgen. Auf der Generalversammlung am 6. Juni werde darüber Mitteilung gemacht werden.

das Gefängnis verschwinden läßt? Jede ernste, tiefe Reue, Freund sein, Bruder sein, leben — das öffnet das Gefängnis mit souveräner Macht, mit übermächtigem Zauber.“

Vincent van Gogh stellt einen neuen Typ des Künstlers dar. Er war kein Artist, kein Diener der guten Gesellschaft. Am 6. 7. 82 schrieb er dem Bruder von seinem Atelier im Haag die charakteristischen Worte: „Kein mystisches oder geheimnisvolles Atelier, sondern eines, welches Wurzeln in das volle Leben selbst geschlagen hat. Ein Atelier mit einer Wiege und einem Kaffeeb. Wo also kein Stagnieren ist, sondern wo alles zur Aktivität drängt und stimmt und aufmuntert.“

Wenn ich der dankenswerten Ausstellung zum Schluß eine kritische Bemerkung anfüge, so soll sie keinen Tadel für die Galerie enthalten, denn ich weiß wohl, daß sie wenig hätte ändern können. Ich meine aber, daß man Bilder van Goghs nicht in prozente Goldrahmen stecken kann — schrecklich wirkt besonders der Rahmen aus das herrliche Bildnis des „Briefträgers“ — und daß man sie auch nicht so akademisch-museal hängen sollte. Warum hat man nicht den Versuch gemacht, sie unter die zeitgenössischen Impressionisten zu hängen und in einer Anordnung, die unmittelbar durch ihre Form zeigen könnte, daß van Gogh kein Bildermaler für den Salon war, sondern ein Liebender und ein Arbeitender.

Adolf Behne

Der deutsche Intellektuellensumpf

(Erscheint in Fortsetzungen)

Der vom Grafen Kerpeling in Darmstadt inszenierte Tagore-Rummel schloß in der peinlichsten Weise, um so mehr Kerpeling offensichtlich bemüht war, die Verehrung, die der indische Dichter genießt, in den Dienst seiner sogenannten „Schule der Weisheit“ zu stellen. Wir haben uns schon mit dem bestmöglichen Umstand beschäftigt, daß Tagore, ein so entschiedener Vertreter des Internationalismus, von seinen deutschen Gastfreunden veranlaßt worden war, ausschließlich vor kapitalistischen und nationalstischen Kreisen aufzutreten. In Darmstadt war es noch schlimmer als in Berlin. Ein Kreis von Generaldirektoren, Kommerzienräten und der ehemalige Großherzog bilden den Hofstaat um die verehrungswürdige Persönlichkeit Tagores, der offenbar von diesem Mißstand keine Ahnung hatte. „Die Schule der Weisheit“ ist nichts als ein neuer Snobismus, der darauf hinausläuft, die großen und wichtigen Einwirkungen, die dem asiatischen Geist auf den europäischen beschienen sind, in einen typisch deutschen Modenschwindel zu entwerfen. In der Frankfurter Zeitung ist bereits ein Mann, wie Alfons Baquet von der Darmstädter Sportveranstaltung abgerückt. Auch Wilhelm Michel protestiert jetzt gegen die seltsam vordringliche

Der fünfte deutsche Städtetag

Der fünfte deutsche Städtetag, der am 23. und 24. Juni in Stuttgart stattfand, war die erste deutsche Städtetagversammlung nach Kriegsausbruch und Revolutionsbeginn. Es haben sich gewaltige Veränderungen im deutschen Gemeindeleben vollzogen; rechnet man die wählende Bevölkerung der im Städtetag zum Gemeindefest verbundenen Gemeinden zusammen, so wird sich zweifelsohne ergeben, daß die Hälfte sozialistisch orientiert ist. Der deutsche Städtetag war von etwa 800 Delegierten besetzt. Die Zahl der den sozialistischen Parteien angehörigen Delegierten betrug ungefähr 140. Diese Zahl konnte nur erreicht werden, weil die Parteien ihre Kommunalpolitiker auf die Tagung aufmerksam machten und anhielten, vom zusehenden Delegiertenrecht Gebrauch zu machen. Es hätte eine ganz andere Zahl erreicht werden können, wenn wirklich überall auf Einhaltung demokratischer Grundzüge bei der Delegation geachtet worden wäre. Es ist in Städten vorgekommen, daß die Bürgermeister ihre Kollegen gar nicht von der Städtetagung in Kenntnis setzten, und es für selbstverständlich hielten, daß sie ihre Gemeinde auf dem Städtetag zu vertreten hätten. Zumeist werden die Stadtoberhäupter die Tagung als etwas Nebenwichtiges, als eine Dekoration hingestellt haben, und die gläubigen Arbeitervertreter werden in diesen Fällen nicht auf den einzig möglichen Gedanken gekommen sein, daß es ihre Aufgabe ist, aus dieser Bürgermeisterparade, die heute einige hunderttausend Mark kostet, eine ernst zu nehmende Arbeitstagung zu machen.

Die anwesenden unabhängigen Vertreter haben unter Führung der Genossen Freund-Nürnberg und Seger-Leipzig in ganz energischer Weise den Versuch unternommen, und haben der Tagung ein Gepräge verliehen, wie es kein Städtetag zuvor innehatte. Kaum jemals ist eine Tagung mit solcher Helligkeit und Unfähigkeit der Leitung und der kompakten Majorität vor sich gegangen, wie es auf diesem Städtetag der Fall war. Die 35 unabhängigen Vertreter haben mit beispielloser Aermüdschaft und Sachlichkeit nicht nur das verlogene Wesen der Tagung gezeigt, sondern durch Reden und Anträge in scharfer prägnanter Weise ein Bild von Organisation und Tätigkeit einer Städtetagung übermitteln, wie es vom Standpunkt ehrlicher Selbstverwaltungsausschüsse allein möglich ist.

Eine große Ueberraschung hat die Stuttgarter Tagung gebracht: die Rechtssozialisten haben die Gelegenheit benützt, um den letzten Rest von kommunalpolitischem Selbstbestimmungsgedanken, um die letzte Auebnung und Erinnerung an eine frühere Auffassung und Stellungnahme zu dieser Sorte unüberbürgerlicher Zusammenkünfte aufzugeben. Sie sind nicht nur eine glatte Verbrüderung eingegangen mit der Verwaltungsbourgeoisie der Städte, sondern haben sich sogar zum Anwalt und Sprecher ihres unwahren Scheinwesens gemacht. Der Rechtssozialist Weims hatte die Rolle der lustigen Person zur Kurzwahl seiner bürgerlichen Kollegen übernommen, und er hat es fertig gebracht, die von unseren Vertretern aufgebrachte Arbeit — die einzige Arbeit, die in Stuttgart überhaupt geleistet wurde — als Zeitverbräufung für den Städtetag zu bezeichnen.

Dem Herrn ist von unserer Seite das Nötige gesagt worden, und auch seine eigenen Parteigenossen sollen in einer letzten Auffassung von Schamgefühl ihn etwas auf die Seite genommen haben. Nehliches soll auch Scheidemann passiert sein. Unsere Vertreter beschränkten sich nicht nur darauf, zu den einzelnen Tagesordnungspunkten den sozialistischen Standpunkt herauszuarbeiten und zu unterstreichen, und die Geschäftsführung zu kritisieren, wo es nötig war, und unter ihren moralischen Druck zu setzen, sondern es wurde von unserer Seite zum Satzungsänderungsentwurf ein Gegenentwurf vorgelegt und die Versammlung gegen ihren Willen gezwungen, in eine längere Debatte darüber einzutreten. Weitere grundlegende Änderungsvorschläge, die darauf hinausliefen, dem Städtetag in einem noch politisch-sozialen Grundriss zusammengefaßten Hauptausdruck, sein Hauptorgan zu schaffen und den bisher allmächtigen, selbstherrlichen, fast ganz bürgerlichen Vorstand zu einem reinen Vollzugsorgan zu machen, wurden natürlich abgelehnt. Einigen Anträgen konnte die Versammlung ihre Zustimmung nicht verweigern, wollte sie sich nicht ins Schmutzgraue biamieren.

Abgelehnt hat der deutsche Städtetag die Besprechung einer von uns eingebrachten Resolution, welche Protest gegen die drohende Erneuerung der Maßnahmen der Reichstagsmehrheit erhebt. Das allein genügt eigentlich zur Kennzeichnung der Auffassung und des Verantwortlichkeitsgefühls, wie sie in Stuttgart in Erscheinung traten. Ein ausführlicher Bericht in der „Sozialistischen Gemeinde“ wird unseren Gemeindevertretern nähere Kenntnis von der Stuttgarter Tagung verschaffen.

Eins aber muß noch gesagt werden: Dieses Zerbild von Städtetretung und Selbstverwaltung muß in den nächsten Wochen beleuchtet werden, den rechtssozialistischen Arbeitern und Gemeindevählern muß die rechtssozialistische Verbrüderung mit der alten

Verwaltungsbourgeoisie gezeigt werden, denn ihre Presse schweigt das tot. Und unsere eigenen Gemeindevertreter müssen aufgerüttelt werden. Es liegt in der Hand der Arbeiterklasse, den Städtetag anders zu beschließen und zu gestalten. Was mit wenig Mühen erreicht werden kann, wenn die Gegenseite ein schlechtes Gewissen hat, konnte auf diesem Städtetag gezeigt werden. Denn moralisch ist er von der U. S. P. beherrscht worden.

Bauarbeiterlöhne in England und Deutschland

Dr. R. Kucynski schreibt in der „Finanzpolitischen Korrespondenz“:

Das englische Arbeitsministerium hat vor kurzem einen sehr lehrreichen Band „Normale Zeitlohnätze und Arbeitsstunden in dem Vereinigten Königreich am 31. Dezember 1920“ veröffentlicht. Danach betrug die normale wöchentliche Arbeitszeit z. B. im Baugewerbe in England und Schottland durchschnittlich 44 Stunden, in Irland teils 44 Stunden, teils mehr, und zwar bis zu 50 Stunden. Der normale Stundenlohn der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, Holzschneidemaschinenarbeiter, Dachdecker, Klempner, Stukkateure und Maler betrug je nach der Distrikte — von unwesentlichen Ausnahmen nach oben und unten abgesehen — 22 bis 28 d., der ortsübliche Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter entsprechend 19 bis 25 d. Eine Umrechnung von Pence (d.) in unsere Währung ist für den deutschen Leser nicht erforderlich, da 1 penny, der früher 8/4 Pf. wert war, heute gleich einer Mark zu setzen ist.

Leider fehlt es an einer entsprechenden amtlichen Veröffentlichung für Deutschland. Das soeben vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung herausgegebene 23. Sonderheft zum „Reichs-Arbeitsblatt“ „Die Tarifverträge im Deutschen Reich am Ende des Jahres 1919“ enthält keine vergleichbaren Lohnangaben, und künftig wird es damit sogar noch schlimmer werden: „Es sind in den neuen Zählblättern, die erstmals für die Tarifstatistik 1920 zur Verwendung kommen, alle Fragen, die sich auf die Lohnsätze der Tarifverträge beziehen, im Einverständnis mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, für welche die Ausfüllung dieses Teiles des Zählblattes eine immer schwerer empfundene Last bedeutete, fortgelassen worden.“ Nach einer privaten Zusammenstellung, die sich auf etwa 50 große deutsche Städte erstreckt, betrug am 1. Januar 1921 der normale Stundenlohn für Maurer 5,40 bis 7,28 M., Zimmerer 5,30 bis 8,50 M., Bauhilfsarbeiter 5,14 bis 7,20 M., Dachdecker 5,40 bis 7,74 M., Klempner 5 bis 7,74 M., Stukkateure 5,50 bis 8,25 M., Maler 4,90 bis 7,28 M., Bauhilfsarbeiter 5,20 bis 7,06 M. Berücksichtigt man, daß hier für Deutschland nur große Städte mit ihren höheren Löhnen einbezogen sind, so wird man zu dem Ergebnis kommen, daß der Wochenlohn der englischen Bauarbeiter trotz kürzerer Arbeitszeit etwa viermal so hoch war wie bei uns. An den Kosten der Lebenshaltung gemessen, dürfte er in England annähernd doppelt so hoch sein wie in Deutschland.

Milliardenüberschuss und höhere Beiträge

Protest gegen die Novelle zum Angestelltenversicherungs-gesetz

Vom AFA-Bund wird uns geschrieben: Die Sozialversicherungskommission des AFA-Bundes hat unter Hinzuziehung parlamentarischer Vertreter in ihrer Tagung am Sonntag, den 26. Juni, eingehend zur Novelle zum Angestelltenversicherungsgesetz Stellung genommen. Sie ist einstimmig zu der Ueberzeugung gekommen, daß dieser Gesetzesentwurf jeglicher gewissenhafter Unterlagen entbehrt und in unerhörter Weise den Angestellten Lasten aufbürdet, die in keinem Verhältnis zu den Leistungen der Versicherung stehen.

Im Novemberheft 1920 der „Angestelltenversicherung“ hat das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bekanntgegeben, die versicherungstechnische Bilanz der R. V. A. habe einen Ueberschuss von 1,8 Milliarden Mark ergeben. Die Bilanz ist trotz wiederholten Versprechens bis heute nicht veröffentlicht worden. Die Zeitschrift des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, „Die Handelswoche“, schrieb am 3. November 1920 unter Hinweis auf den versicherungstechnischen Ueberschuss von der Möglichkeit einer starken Erhöhung der Renten ohne größere Beitragserhöhungen. Die Zeitschrift des Gewerkschaftsbundes der Angestellten ließ sich unterm 18. Februar 1921 ähnlich vernehmen. Trotzdem wird heute den Angestellten eine Verzehnfachung der Beiträge in den untersten Klassen und

eine Verzehnfachung und Verzehnfachung der Beiträge in den oberen Klassen zugemutet. Diese ungeheure Beitragserhöhung begründet das Direktorium der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte am 13. Juni 1921 u. a. wie folgt:

„Nützlich ist vielmehr, daß die R. V. A. Anstalt, um der Invalidenversicherung nicht nachzustehen, angemessene Leistungen gewähren will, die der Entwertung des Geldes wenigstens einigermaßen angepaßt sind.“

Dazu ist nun zu sagen, daß die Angestelltenversicherung noch nicht einmal in ihre eigentlichen Rentenleistungen eingetreten ist und nach der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1920 noch nicht 1 1/2 Millionen Mark an Renten gewährt hat bei einer Beitragseinnahme von 419 Millionen Mark im Jahr. Dagegen zahlte die Invalidenversicherung an Renten und Beihilfen 1500 Millionen Mark. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die gegenwärtigen Beiträge in der Angestelltenversicherung bereits jetzt schon in der höchsten Klasse dreimal höher sind, als in der Invalidenversicherung, während sie nach der Vorlage in Zukunft achtmal höher sein würden.

Wie reimt sich das alles zusammen mit dem so pompös angekündigten versicherungstechnischen Bilanzüberschuss von 1,8 Milliarden, der nach Ansicht des Gewerkschaftsbundes der Angestellten und Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes die Möglichkeit zur Rentenerhöhung gibt? Warum hat das Reichsarbeitsministerium dem Reichstage darüber keine Unterlagen zugehen lassen, wie überhaupt jede einwandfreie rechnertische Unterlage fehlt.

Es geht daher auf keinen Fall an, den beteiligten Versicherten von oben herab eine bisher noch gar nicht begründete schwere Belastung aufzubürden, ohne ihnen irgendwelche Zeit zur Stellungnahme zu geben. Der AFA-Bund erwartet daher von allen Parteien, daß sie sich der beabsichtigten Durchpeitschung der Vorlage noch vor der Sommerpause widersetzen.

Wie Nahrungsmittel verbilligt werden

Das Reichsarbeitsministerium schreibt uns: Die „Freiheit“ bringt zu dieser Frage in Nr. 244 vom 23. Mai 1921 eine weitere Auslassung eines Mitarbeiters, die mehrere erhebliche Irrtümer enthält:

I. Das Reichsarbeitsministerium hat den Bergbauarbeitern kein „Ententgold“ ausgeliefert, schon deshalb konnte daher „an ihren Händen auch kein beträchtlicher Teil davon“ bleiben. Wie das Reichsarbeitsministerium in seiner 3. Nr. 1 vom 26. Mai 1921 im Einklang mit den Feststellungen der Kommission der Bergarbeiterverbände ausgeführt hat, wurden den Bergbauvereinen die Verbilligungszuschüsse auf Grund sorgfältiger Abrechnungen über Mengen und Preise der abgegebenen Waren gezahlt. Falls die vorgelegten Rechnungen zu Zweifeln Anlaß gaben, sind die Beträge bis zur Klärung zurückgehalten worden.

II. Diese Beanstandungen sind während der ganzen Dauer des Verbilligungsverfahrens, also lange Zeit vor dem „Drängen der Bergarbeiterverbände“, erfolgt. Auch die Nachprüfung der Geschäftsführung hat bei den Bergbauvereinen eingesezt, bevor überhaupt Bergarbeiterverbände mit Beschwerden darüber an das Reichsarbeitsministerium herangetreten sind.

III. Die vom Reichsarbeitsministerium durch Sachverständige vorgenommene Prüfung hat bisher für den größten Bergbaubezirk, das Ruhrgebiet, ergeben, daß die vom Zechenverbände dem Reich in Rechnung gestellten Einkaufspreise marktgemäß waren. Wegen der Speisehäufe und der Preisveränderung werden die Prüfungsergebnisse in kurzer Zeit vorliegen. Auch in den anderen Bezirken ist die Abrechnung im vollen Gange. „Schiebungen und Verfehlungen gegen die Bergarbeiter“ sind dabei nicht festgestellt worden.

Diese Berichtigung ändert nichts an den von unserem Mitarbeiter festgestellten Tatsachen.

Der Stand der Entwaffnung

B. T. B. meldet: Die Reichstreuhandgesellschaft hat bis zum 1. Mai 1921

	zur Erklärung erhalten	gefordert	noch auf Lager:
Gewehre und Karabiner	4 808 800	4 770 800	37 500
Maschinengewehre	91 042	90 465	577
Mitrasillen und Rohre von solchen	22 778	22 834	444
Geschütze und Rohre von solchen	50 429	49 688	801
Pistolen	96 880	96 606	285
Scharfe Artilleriegeschosse und Mörser	88 800 000	88 500 000	8 300 000
Scharfe Hand-, Gewehr- und Kurzstutzen	14 650 000	14 000 000	650 000
Scharfe Flinten	55 150 000	53 600 000	1 550 000
Handwaffenmunition	800 000 000	800 000 000	80 000 000
Flugzeuge	18 379	18 360	10
Flugzeugmotoren	23 990	23 845	154

Die Ueberlieferungen und Zerstörungen auf Grund des Ultimatus haben erst nach der Zusammenstellung dieser Zahlen ihren Anfang genommen.

Parteitag und Frauenkonferenz der SPD.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beruft den nächsten Parteitag auf Sonntag, den 18. September, abends 6 Uhr, in die Stadthalle nach Görlitz ein.

Als vorläufige Tagesordnung ist, wie die P. P. A. melden, festgesetzt: 1. Bericht des Parteivorstandes: a) Allgemeines, Referent: Franz Krüger. b) Organisation und Kasse, Referent: Bartels. 2. Bericht der Kontrollkommission, Referent: Brühne. 3. Bericht der Reichstagsfraktion, Referent: Gustav Hoch. 4. Die Wirkung des Verfallens der Verträge auf die innere und äußere politische Deutschlands, Referent: Hermann Müller. 5. Das Parteiprogramm, Referent: Hermann Hoffmann. 6. Anträge, 7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Am 17. September, vormittags 10 Uhr, findet ebenfalls in der Stadthalle in Görlitz eine sozialdemokratische Reichsfrauenkonferenz statt, deren vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Die Arbeiterfrau in der Gemeinde; a) wirtschaftlich, b) sozial, c) Vereinsarbeit. 2. Den Bericht über den Stand der Frauenbewegung wird Frau Marie Zuchacz erstatten.

Das Reichshulgegesetz. Im Bildungsausschuss des Reichstages hat Herr Kumm, der, was bezeichnend ist, diesem Ausschuss präsident, den Staatssekretär Heinrich Schulz getragt, ob die Regierung noch auf eine Durchberatung des Entwurfes zum Reichshulgegesetz in diesem Tagungsabschnitt Wert lege. Schulz erklärte, daß die Reichsregierung wohl die Durchberatung wünsche, aber die Bestimmung des Zeitpunktes die Reichsregierung nicht in der Hand hat. Die Regierung hat also keine Eile. Demnach dürfte das Gesetz erst im Herbst zur Beratung kommen.

Kupferfunde auf den Schetlandinseln. Auf der Insel Pell der Schetlandgruppe sind große Kupferlager entdeckt worden. Eins davon soll 100 000 und ein anderes 300 000 Tonnen Erze enthalten.

und abfällige Regie“ des Grafen Keyserling. „Im ersten Vortrag kam es zu lobpreisenden Worten und Reden, die schwer zu ertragen waren. Den Schluss bildete ein dreifaches Hoch (!!) auf Tagore und Indien. Bei den Empfängen kamen Thronsetzer zur Verwendung, dreifache Hohe aus Rinderhäuten. Der Verkehr zwischen Tagore und Volk wurde zielhaft beeinflusst, in der Verdolmetschung wurde teilweise schief interpretiert. (Hört, hört!) Bestreblich oft und eifrig wurde betont, daß wir ein starkes vaterländisches Interesse an einer günstigen Beeindruckung des indischen Dichters hätten.“ Was das Vaterländische betrifft, so ist Graf Keyserling Mitarbeiter des deutschen „Tag“, in dem er sich darüber beschwert, daß die Sozialisten international sind, während er, Keyserling, übernational sei. Im selben Blatt macht sich der Tagescouplettdichter Caliban über den Tagorebetrieb lustig, was aber den Gastgeber Tagore nicht weiter führt. Keyserling steht politisch auf dem Standpunkt von Stinnes und versucht aus dem Stinnesstium eine neue Philosophie und Geistesrichtung zu machen. Das Ganze ist, mit einem Wort, recht übel und verdient den Titel: der deutsche Intellektuellensumpf.

Studentenschaft und Pazifismus. Ueber die pazifistische Bewegung an den deutschen Universitäten berichtet Wolfgang Redding folgendermaßen im neuesten Heft der „Berliner Hochschulschau“: „Schon vor dem Kriege hatten in Berlin und an anderen Orten Studentenvereine deutsches internationalistische Schiedens andere Universitäten Deutschlands internationalistische Studentenvereine bestanden, deren Hauptziel es war, mit gleichgesinnten Studenten im Auslande Verbindungen anzuknüpfen, um gestiftete internationale Studentenvereine zu gründen, die durch eine allgemeine Studenteninternationale im Sinne einer friedlichen Ueberbrückung der nationalen Gegensätze im Sinne einer friedlichen Auseinandersetzung und in allgemeiner Kulturarbeit wirken sollte. Der Krieg vernichtete diese Anstöße. Aber kurz nach seiner Beendigung entstanden an mehreren Universitäten Studentenvereine, die diese Fäden wieder aufnehmen wollten. So kam es zu Gruppen, die diese Fäden in einem Kongress internationalistischer Studentenvereine im Sommer 1919 zu einem Kongress internationalistischer Studentenvereine Deutschlands in Jena, wo die ersten allgemeinen Grundzüge aufgestellt wurden. Es bildete sich eine zentrale des Bundes in Freiburg, die die Verbindung mit ausländischen pazifistischen Studentenvereinen anknüpfte und sich beabsichtigte, eine Reihe weiterer Gruppen an den Universitäten Deutschlands zu gründen. Die der Freiburger Zentrale, die sich „Bund der Studentenvereine für Pazifismus und internationale Verständigung“ nannte, angehörenden Ortsgruppen waren: Berlin Universität, Berlin Handelshochschule und die Universitäten Berlin Universität, Berlin Handelshochschule und die Gruppen in Hamburg, Frankfurt, Bonn und München. Die Gruppe in Hamburg trat erst im Frühjahr 1920 ins Leben und Universität Berlin trat erst im Frühjahr 1920 ins Leben. Auf dem beantragte als Vorsitzende, die Zentrale zu übernehmen. Auf dem Bundestage, der im Oktober 1920 zugleich mit dem 9. Deutschen Pazifistenkongress tagte, der vom pazifistischen Studentenbund mit einberufen war, ging die Zentrale an Berlin über und damit

übernahm der Bund zugleich den Namen, den die Berliner Gruppe bisher getragen hatte. Zum Bundesvorsitzenden wurde Herr Alfred Schneider ernannt.

Der Deutsche Pazifistische Studentenbund trat seitdem mit verschiedenen Vortragsabenden an die studentische Öffentlichkeit (es sprachen u. a. Prof. Dübde, Prof. Nicolai, Harry Graf Keyserling, Dr. Helene Slöder, Dr. John Mez, Helmuth von Gerlach, Dr. Max Deri, Walter Bleier). Außerdem veranstaltete der Bund Diskussionsabende, Arbeitsgemeinschaften, literarische Zirkel, gesellschaftliche und künstlerische Abende. An einer großen antimilitaristischen Kundgebung am 4. März d. J. in Berlin beteiligte sich der Bund, indem er einen Redner entsandte.

Im Laufe der Zeit traten zu den bisherigen Gruppen noch hinzu: Leipzig (U.), Halle (U.), Dresden (L. S.). Die Zeitschrift „Reinlichkeit“ wurde zum Bundesorgan ernannt. Der Bund trat dem Berner Friedensbureau bei und steht mit dem Völkerverbund in Genf und der Claris in Paris in regem Schriftwechsel. Die Berliner Ortsgruppe ist außerdem der „Deutschen Friedensgesellschaft“ und der „Liga für Völkerverbund“ korporativ angeschlossen.

Regel Gedankenaustausch mit pazifistischen Organisationen in der Schweiz, in Holland, Schweden, Norwegen, Dänemark, Finnland, Italien, Österreich, Bulgarien, Türkei, Belgien, Australien, England, Frankreich und den Vereinigten Staaten von Amerika wurde gepflegt. Auf Anregung des Deutschen Pazifistischen Studentenbundes traten pazifistische Studenten in Amerika gemeinsam mit der paz. Studentengruppe in Oxford „Ruskin“ an die deutsche Studentenschaft in Göttingen heran, um der entente-freundlichen nationalistischen Prager Studenten-Internationale, von der Deutschland ausgeschlossen wurde, eine Studenten-Internationale entgegenzusetzen, der jede politische Tendenz und Hervortreibung nationaler Gegensätze fernliegt, und die in gemeinsamer Arbeit und kulturellem Wiederaufbau den geistigen Austausch der Völker pflegt.

Ausstellungen im Kaffeehaus. Aus Paris wird dem „Kunstblatt“ von einem eigenartigen Akt der Künstlerhilfe berichtet. 47 junge Maler haben ihre Arbeiten in ihr Atelier, das „Café du Bernasque“ gebucht und sie dort ausgestellt. Man denkt daran, diese „Ausstellung“ zu einer ständigen Einrichtung zu machen. Der Maler Serge Romoff, von dem die Idee ausgeht, bemerkt dazu: „Wir haben uns mit einigen Kameraden in einem Café eingerichtet ohne andere Absicht, als eine Türe nach der Straße zu öffnen. Wir unterbreiten unsere Kunst nicht nur dem Urteil der Kenner; wir wenden uns an die Masse ohne falschen Dünkel und ohne Unterschied, ganz gleich ob eine Frau von West oder ein Drohlfenkenfischer zu uns hereinkommt.“ Man erkennt daraus, wie groß das Bedürfnis der jungen Künstler ist, mit der Masse, dem Volk, in Verbindung zu kommen, von dem die Kunst durch die Entwicklung des bürgerlichen Zeitalters getrennt worden ist.

Tages-Notizen

Ein Denkmal für Johann Strauß, dem Komponisten der schönsten deutschen Melodien, ist in seiner Geburtsstadt Wien enthüllt worden.

